Pressespiegel

Ausgabe: 02.12.2016

Niederrhein DGB

Kreis Kleve

Weniger Bürokratie bei Saison-Kurzarbeitergeld

Mit Blick auf das Schlechtwettergeld für die Beschäftigten in den Baubetrieben ist eine wichtige bürokratische Hürde weggefallen. Nach Angaben der IG Bau Duisburg-Niederrhein müssen die Betriebe der Agentur für Arbeit ab sofort nur noch mitteilen, wer wie lange gearbeitet hat. Wenn Aufträge wegen des Winterwetters nicht mehr erledigt werden könnten, reiche es jetzt, die Arbeitsagentur nachträglich zu informieren. Im Kreis Kleve gibt es aktuell 440 Baubetriebe. Sie können bei widrigen Wetterbedingungen ihren Mitarbeitern den Gang zum Arbeitsamt ersparen, wenn sie Saison-Kurzarbeitergeld beantragen.

Antenne Niederrhein

Pressespiegel

Ausgabe: 02.12.2016

Niederrhein DGB

Chance für fair gestaltete Globalisierung nutzen

Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU
(Foto: IG BAU Alexander Paul Englert)

Frankfurt am Main, 01.12.2016
Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die Bundesregierung auf, die heute beginnende G20-Präsidentschaft zu nutzen, um die Globalisierung fair zu gestalten. „Wir brauchen eine Kehrtwende in der globalen Wirtschaftspolitik. Die Rechte von Arbeitnehmern und Umweltschutz müssen endlich in den Mittelpunkt rücken.

Viel zu lange hat die Politik Regeln im globalen Wettbewerb verhindert oder bestehende bei Seite gewischt. Diese Politik nutzt den Reichen und schadet den Armen. Sie ist verantwortlich für das Erstarken von nationalistischen, rechten Stimmungsmachern in fast allen westlichen Industriestaaten“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Eine solche Politik der Deregulierung können wir uns nicht länger leisten. Sie führt zu steigender Ungleichheit. Stattdessen müssen weltweit die Sozialsysteme wieder gestärkt und die Natur vor zügelloser Ausbeutung geschützt werden.“

Die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) wurde 1999 ursprünglich gegründet, um das internationale Finanzsystem zu verbessern. Mit der Finanzkrise im Jahr 2008 trafen sich erstmals auch die Staats- und Regierungschefs der G20-Länder. Damit rückten bei den Treffen generelle Aspekte der Weltpolitik stärker in den Fokus. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat für das Jahr der deutschen Präsidentschaft ein umfangreiches Themenpaket angekündigt. Neben Freihandel, Klimaschutz und Finanzmarktregulierung stehen der Kampf gegen weltweite Epidemien und Gesundheitsschutz auf der Agenda.

Lokalkompass.de

Pressespiegel

Ausgabe: 02.12.2016

Niederrhein DGB

Welttag des Ehrenamts: Solidarität als Ehrensache

Carsten Burckhardt, Mitglied des Bundesvorstandes IG BAU (Foto: IG BAU Alexander Paul Englert)

Frankfurt am Main, 01.12.2016
Anlässlich des bevorstehenden Welttags des Ehrenamts am Montag, den 5. Dezember 2016, sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Carsten Burckhardt: „Ehrenamtlich aktiv sein heißt, Demokratie bewusst gestalten. Ehrenamtlich aktiv sein heißt, für Freiheit zu stehen und Vorbild für Menschlichkeit und Solidarität zu sein.

Also nicht nur für seine Interessen einzustehen, sondern auch Hilfe für seine Mitmenschen zu leisten, ohne gleich selber direkt davon betroffen zu sein“, sagt Carsten Burckhardt, Mitglied im Bundesvorstand der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). „Die Kolleginnen und Kollegen stellen ihre freie Zeit und ihr Know-how – meist nach einem langen Arbeitstag – sozusagen solidarisch der ganzen Gesellschaft zur Verfügung. Auch deshalb ist das Engagement von Kolleginnen und Kollegen nicht hoch genug einzuschätzen.“

Gewerkschaften wurden einmal als Selbsthilfeorganisation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gegründet. Sie waren also seit Beginn ehrenamtliche Organisationen. Irgendwann haben dann die ehrenamtlichen GewerkschafterInnen „Angestellte“ eingestellt, die sie bei ihrer Arbeit hauptberuflich unterstützten. „Diese Art der Teilhabe hat sich nicht grundlegend verändert. Aber aktives Engagement in der Gewerkschaft ist heute wieder wichtiger geworden. Das ist auch eine Herausforderung für die Gewerkschaft selbst“, meint Burckhardt und führt weiter aus: „Klar ist, Gewerkschaften können ihrer Rolle nur gerecht werden, wenn ihre Mitglieder eingebunden sind. Beschäftigte müssen sicher sein, ihre Interessen und Ideen zählen.“

„Gewerkschaften würde es ohne Ehrenamt nicht geben“, stellt Burckhardt fest. „Sie machen mit ihrem Engagement die Interessensvertretung in der Breite überhaupt erst möglich. Bildungsarbeit, Mitbestimmung durch Betriebsräte oder Tarifpolitik wäre ohne unsere Kolleginnen und Kollegen nicht drin.“ Über 2000 Aktive in der IG BAU diskutieren, planen und gestalten ihre Branche und legen den Grundstein für unsere gemeinsame Tarifarbeit in den Fachgruppen. 525 Kolleginnen und Kollegen arbeiten in den Bezirksvorständen mit und tragen dadurch zur politischen Willensbildung bei.

Darüber hinaus haben Gewerkschaften auch auf gesellschaftlicher Ebene einiges an Mitspracherecht. „Es gibt viele Themen, die ohne Gewerkschaften und deren Mitglieder nicht auf’s Tapet kommen würden“, sagt Carsten Burckhardt. Kolleginnen und Kollegen der IG BAU vertreten die Beschäftigten aus dem Grünen Bereich, vom Bau oder aus der Gebäudereinigung, zum Beispiel im Widerspruchsausschuss bei gesetzlichen Krankenkassen oder der Rentenversicherung, als ehrenamtliche RichterInnen an den Arbeits- und Sozialgerichten oder als PrüferInnen in Berufsbildungsausschüssen.

Lokalkompass.de

Pressespiegel

Ausgabe: 02.12.2016

Niederrhein DGB

Eigenheimzuschuss für Familien ist richtiger Schritt

Dietmar Schäfers, Stellvertretender Bundesvorsitzender IG BAU (Foto: IG BAU Paul Schimweg)

Frankfurt am Main, 01.12.2016
Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt die Pläne von Bundesbauministerin Barbara Hendricks, Familien beim Haus- oder Wohnungskauf zu unterstützen. „Die Versorgung mit Wohnraum muss weiter eine zentrale Aufgabe der Regierung sein.

Staatliche Zuschüsse für Schwellenhaushalte mit Kindern, um Wohneigentum zu erwerben sind dabei ein wichtiger Baustein. Denn gerade Familien mit Kindern haben auf dem Mietmarkt kaum Chancen gegen Singles oder Doppelverdiener ohne Kinder“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers.

„Klar ist aber auch, dass dieser Schritt noch nicht ausreicht. Familien mit begrenztem Einkommen benötigen überall die Eigenheimförderung. Eine regionale Begrenzung macht keinen Sinn. Der Staat muss gleichzeitig mehr für Haushalte am unteren Ende der Einkommensskala tun. Sie können sich auch mit staatlicher Zulage kein Eigentum leisten. Der Bau von Sozialwohnungen und bezahlbaren Wohnungen muss daher mit Hochdruck vorangetrieben werden. Dazu muss die Bundesregierung die Länder stärker in die Pflicht nehmen und über Steueranreize Wohnbauprojekte mit bezahlbaren Mieten fördern.“

Der Plan von Ministerin Hendricks sieht vor, Familien in Regionen mit hohen Immobilienpreisen mittels staatlicher Zuschüsse beim Kauf von Wohneigentum zu helfen. Je nach Anzahl der Kinder können sie einen Eigenkapitalzuschuss von bis zu 20 000 Euro erhalten. Das Haushaltseinkommen darf dabei nicht mehr als 70 000 Euro im Jahr betragen.

Lokalkompass.de